

## Schwierige Verhandlungen nach der Wahl

INFORMELLES TREFFEN DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS AM 27. MAI

**Beim informellen Abendessen der Staats- und Regierungschefs am 27. Mai standen drei Themen auf der Tagesordnung:**

- 1. Die Analyse des Europawahl-ergebnisses und die Frage, wer den Posten des künftigen Kommissionspräsidenten übernimmt,**
- 2. Die Diskussion über zukünftige inhaltliche Prioritäten der EU,**
- 3. Das Ergebnis der Wahlen in der Ukraine.**

**Wie von einigen Beobachtern erwartet, verkündeten die Staats- und Regierungschefs noch nicht, wen sie dem Europäischen Parlament (EP) als Kandidaten vorschlagen werden. Stattdessen erhielt der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, das Mandat, die im Lissabon-Vertrag festgelegten Konsultationen zwischen dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament zu führen. Ob Wahlsieger und Spitzenkandidat der EVP, Jean-Claude Juncker, beim kommenden Gipfel im Juni von den Staats- und Regierungschefs tatsächlich als Kommissionspräsident vorgeschlagen wird, ist daher noch unklar.**

### Hintergrund

Am Morgen des 27. Mai – also einen Tag nach der Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses und unmittelbar vor dem Gipfeltreffen – trafen sich die Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments zur Wahlanalyse. Sie einigten sich auf Juncker als Kandidaten für die Position des EU-Kommissionspräsidenten und übermittelten den Staats- und Regierungschefs diese Nachricht noch vor ihrem Gipfel.

Junckers unterlegener Rivale, Martin Schulz, der unmittelbar nach Bekanntgabe der ersten Wahlergebnisse noch angekündigt hat-

te, für sich selbst eine Mehrheit organisieren zu wollen, zog seine Kandidatur vorerst zurück. Sollte Juncker aber mit dem Versuch scheitern, eine eigene Mehrheit für sich im Europäischen Parlament zu finden, sieht Schulz sich wieder am Zug.

### Prozedur zur Wahl des Kommissionspräsidenten

Die Staats- und Regierungschefs legten sich wie erwartet noch nicht auf einen Kommissionskandidaten fest. Stattdessen beauftragten sie Herman van Rompuy, in den kommenden Wochen die Möglichkeiten für eine Einigung im EP und im Europäischen Rat auszuloten. Van Rompuy wird sich mit den neuen Fraktionsvorsitzenden treffen, sobald sich politische Gruppen formiert haben und die Fraktionsvorsitzenden gewählt sind. Dies geschieht voraussichtlich Mitte nächster Woche, bei einigen Fraktionen unter Umständen erst deutlich später. Bis zum kommenden Gipfel am 26./27. Juni, bei dem der Kandidat benannt werden soll, bleibt wenig Zeit. Auf die Fraktionsbildung zu warten, erscheint unter diesen Umständen als zu zögerlich. Idealerweise müsste der Kandidat des Rates schon Ende Juni feststehen und könnte dann in der letzten Plenarwoche im Juli die Zustimmung erhalten. Ansonsten droht eine Verschiebung in den Herbst.

Das Vorgehen des Europäischen Parlaments sorgte bei mehreren Staats- und Regierungschefs für Irritationen. Sie empfanden die klare Vorgabe des EP als Brüskierung und als Eingriff in ihre Rechte, zumal die Vorschläge von der Führungsriege des ausgehenden Parlaments gemacht wurden. Die Staats- und Regierungschefs pochten darauf, dass laut Vertrag nicht das Europäische Parlament, sondern der Europäische Rat den Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten ernennen soll. Zudem wol-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
EVA MAJEWSKI

**Mai 2014**

len sie sich möglichst lange Spielraum für die anderen wichtigen Personalentscheidungen (Ratspräsident, Hoher Vertreter, etc.) vorbehalten. Schließlich gibt es zu der Personalie Juncker auch keine Einigkeit unter den Staats- und Regierungschefs.

Vertreter des Europäischen Parlaments auf der anderen Seite kritisieren die Wahl Herman van Rompuy als Vermittler auch im EP. Dies sei in erster Linie die Aufgabe des Kandidaten Jean-Claude Juncker.

Der Wahlsieger Jean-Claude Juncker und der Präsident des Europäischen Rates Herman van Rompuy, stehen nun vor der schwierigen Herausforderung, sowohl im Europäischen Rat als auch im Europäischen Parlament eine Mehrheit zu finden.

1. Im Europäischen Rat ist die qualifizierte Mehrheit für Jean-Claude Juncker unsicher. Zwar hatten sich bereits vor dem Gipfel mehrere sozialistische Regierungschefs wie der österreichische Premier Faymann öffentlich für Jean-Claude Juncker ausgesprochen. Deutliche Unterstützung erhielt die Kandidatur Junckers auch von den EVP-Premierministern Jyrki Katainen (Finnland), Donald Tusk (Polen) und Enda Kenny (Irland). Alle drei waren früher selbst als mögliche Kandidaten für das Amt im Gespräch. Innerhalb der EVP genießt der Kandidat Juncker eine breite Mehrheit. Eine gemeinsame Positionierung der EVP in ihrem Vorbereitungsgipfel, beispielsweise in Form einer gemeinsamen Erklärung, gab es jedoch nicht. Merkel sprach sich in der Pressekonferenz nach dem Gipfel für Juncker aus. Gleichwohl will sie das Resultat der Beratungen nicht vorwegnehmen. Vielmehr müsse der Europäische Rat arbeitsfähig bleiben, schätzen Beobachter die Bemühungen der Bundeskanzlerin ein.

Einige Regierungschefs der verschiedenen politischen Gruppen lehnen eine Kandidatur vorerst ab – aus unterschiedlichen Beweggründen.

So lehnen einige von ihnen, wie der schwedische Premier Fredrik Reinfeldt oder auch sein niederländischer Counterpart Mark Rutte das Verfahren der „Spitzenkandidaten“ an sich ab.

Der britische Premier David Cameron hatte sich im Vorfeld der Wahlen strikt gegen Schulz und Juncker ausgesprochen und

könnte versuchen, eine Sperrminorität gegen Juncker zu organisieren. Die Erfolgsaussichten beurteilen Beobachter unterschiedlich. Mit den nordischen Ländern der EU (Dänemark, Schweden) wird es Cameron zumindest nicht gelingen, die erforderliche Sperrminorität zu erreichen. Beobachter in Brüssel berichten, Cameron sei mit seinem Anliegen den irischen Premier Kenny vorzuschlagen bei diesem abgeblitzt. Andere Regierungschefs wiederum könnten ihre Zustimmung an inhaltliche Bedingungen knüpfen, wie etwa eine Aufweichung des Konsolidierungskurses (zum Beispiel der gestärkte sozialistische Regierungschef Italiens Renzi sowie der französische Premier Hollande). Dieser war offenbar unbeeindruckt vom dramatisch schwachen Abschneiden seiner Partei und verkündete, es wäre nun endlich Schluss mit der Sparpolitik. Die neue Kommission müsste sich inhaltlich völlig anders aufstellen. Dem Vernehmen nach zielt Hollande damit auf die Verabschiedung von Konjunkturprogrammen ab, die sich in der Vergangenheit ausnahmslos als nicht nachhaltig und makroökonomisch kontraproduktiv erwiesen haben.

Die Ablehnung gegen einen möglichen Kommissionspräsidenten Martin Schulz ist hingegen ungleich größer.

Neben Schulz gibt es weitere Anwärter innerhalb der S&D-Gruppe auf Spitzenämter in der EU (die dänische Ministerpräsidentin Thorning-Schmidt beispielsweise wird als mögliche Kandidatin für die Ratspräsidentschaft gehandelt).

2. Auch die Mehrheitsfindung im Europäischen Parlament wird schwierig. Die Sozialisten, gegen deren Willen wohl eine Wahl nicht erfolgen kann, werden für die Unterstützung von Jean-Claude Juncker einen hohen Preis fordern. Abgesehen von inhaltlichen Zugeständnissen könnte das eine herausgehobene Position für Martin Schulz in der neuen Europäischen Kommission (etwa als Vizepräsident mit umfassenden Zuständigkeiten) und damit den Verzicht der CDU auf den Kommissarsposten bedeuten.

Die Mehrheit von EVP und Sozialisten im EP ist mit etwas über 400 Stimmen relativ knapp. Mithin könnten auch die liberale Fraktion in die Mehrheitsfindung eingebunden werden. Einige Beobachter schließen

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
EVA MAJEWSKI

**Mai 2014**

nicht aus, dass auch Gespräche mit Vertretern der ECR-Fraktion stattfinden. Auch dies deutet darauf hin, dass erst gegen Ende Juni ein „Gesamtpersonalpaket“ geschnürt werden könnte.

#### **Prioritäten der künftigen EU-Agenda**

Während des Gipfels führten die Staats- und Regierungschefs erste Gespräche über die künftigen Prioritäten und die strategische Agenda des Europäischen Rats für die kommenden Jahre. Dazu wird Herman van Rompuy in den folgenden Wochen auch bilaterale Gespräche mit den Staats- und Regierungschefs führen. Zum Junigipfel will van Rompuy den Staats- und Regierungschefs ein entsprechendes Papier mit konkreten Vorschlägen u.a. zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und zur Energie-, Klima-, Rechts-, sowie Innen- und Außenpolitik vorlegen.

#### **Ukraine**

Der Europäische Rat diskutierte die Folgen der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine und stimmte bereits seine Position für das Treffen der G7 in der kommenden Woche in Brüssel ab.

Er forderte alle Parteien auf, das Ergebnis der Wahlen anzuerkennen und betonte seine Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit mit dem frisch gewählten ukrainischen Präsidenten Poroschenko.

In den vergangenen beiden Tagen fanden bereits Gespräche zwischen Ratspräsident van Rompuy, Kommissionspräsident Barroso und Poroschenko statt.

Aus Sicht des Rates haben die folgenden Themen Priorität: Durchführung von Dezentralisierungs- und Verfassungsreformen, Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und Durchführung von Wirtschaftsreformen sowie die Beilegung des Gaskonflikts mit Russland. Sie bekräftigen damit das von Poroschenko nach der Wahl so in groben Zügen skizzierte Regierungsprogramm.

Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen unterstützt die EU die Ukraine bereits in vielfacher Hinsicht: Sie vermittelt bei Diskussionen um die Gaslieferungen zwischen der Ukraine und Russland. Der Prozess der Visaliberalisierung geht voran. Zudem hat

die Europäische Kommission eigens eine Unterstützungsgruppe für Hilfestellungen bei der Durchführung der notwendigen Reformen eingerichtet und bei vielen Vorhaben die Fristen deutlich vorverlegt. Darüber hinaus läuft die versprochene Finanzhilfe an.

Die Einführung weitergehender Sanktionen gegen Russland steht vorerst nicht auf der Tagesordnung.